

# HOHLWEG"

der Gemeinde

## GISINGEN

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 25. Mai 1971 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Gisingen durch den Landrat - Kreisbauamt - Planungsstelle .

### Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich *Siehe Zeichnung*
2. Art der baulichen Nutzung *Allgemeines Wohngebiet*
  - 2.1 Baugebiet *\* siehe § 4 (2) Bau NVO*
    - 2.1.1 zulässige Anlagen *Kleintierställe*
    - 2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen *Entfällt*
  - 2.2 Baugebiet *Entfällt*
    - 2.2.1 zulässige Anlagen *Entfällt*
    - 2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen *Entfällt*
3. Mass der baulichen Nutzung *Siehe Zeichnung*
  - 3.1 Zahl der Vollgeschosse *Siehe Zeichnung*
  - 3.2 Grundflächenzahl *Siehe Zeichnung*
  - 3.3 Geschossflächenzahl *Entfällt*
  - 3.4 Baumassenzahl *Entfällt*
  - 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen *Offene, Einzel- u. Doppelhäuser*
4. Bauweise *Siehe Zeichnung*
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen *Siehe Zeichnung*
6. Stellung der baulichen Anlagen *441.00 m<sup>2</sup>*
7. Mindestgrösse der Baugrundstücke *Nach besonderer Einweisung*
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden) *innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sie können auch auf der Nachbargranze errichtet werden*
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken *Entfällt*
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke *Entfällt*
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf *Gesamter Geltungsbereich*
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen *Entfällt*
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist *Entfällt*
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung *Entfällt*
15. Verkehrsflächen *Siehe Zeichnung*
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen *Nach besonderem Plan*
17. Versorgungsflächen *Entfällt*
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen *Entfällt*
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen *Entfällt*
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe *Entfällt*
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen *Entfällt*
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft *Entfällt*
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen *Entfällt*
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen *Entfällt*
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind *Entfällt*
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährdern oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung *Entfällt*
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern *Der Vorgarten ist als Ziergarten anzulegen*
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern *Entfällt*

### Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

*Entfällt*

- \* Zulässig sind
1. Wohngebäude
  2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden Schank- u. Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
  3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.



Festsetzung über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Kennzeichnung von Flächen gem. § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
3. Flächen, unter denen der Bergbau ungeht
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Enthält

Entfällt











Gesamter Geltungsbereich





Enthält

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBauG

1. Empfehlungen des Oberbergamtes siehe unten! F
- 2.
- 3.

Flanzeichen-Erläuterungen

- |   |                               |
|---|-------------------------------|
|    | Kulturbereich                 |
|    | Bestehende Gebäude            |
|   | Geplante Gebäude              |
|  | Bestehende Strassen           |
|  | Geplante Strassen             |
|  | Bestehende Grundstücksgrenzen |
|  | Geplante Grundstücksgrenzen   |
|   | <b>Baulinie</b>               |
|  | Raugrenze                     |
|  | Entwasserungsrichtung         |
|  | Wasserleitung                 |
|   | Starkstromleitung             |

-  Vorgarten  
 überbaubare Fläche  
 nicht überbaubare Fläche  
 Strassenbegrenzungslinie

☒ offene ..... Bauweise, Einzelhäuser, ☐ Doppelhäuser

## ZII Geschosszahl als Höchstgrenze

GRZ Grundflächenzahl

GFZ Geschossflächenzahl

WR Reines Wohngebiet

WA Allgemeines Wohngebiet

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom ..... bis zum .....

Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am ..... beschlossen.

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den ..... 196..

Der Minister des Innern  
-überste Landesbaubehörde-  
-A-

Die öffentliche Auslegung nach § 12 EBauC wurde am ..... ortsüblich bekanntge-  
macht.

....., den ..... 196 ..

# Der Bürgermeister

F.

Gem. Empfehlung des Oberbergamtes ist bei Ausschachtungsarbeiten auf Anzeichen etwaigen Bergbaues zu achten, da in früheren Jahren Erze gegraben wurden.

31. 18.72  
Kocht kaff

DER LANDRAT DES LANDKREISES SAARLOUIS  
KREISBAUAMT - PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE: GISINGEN

AMISBEZIRK: WALLERFANGEN

# BEBAUUNGSPLAN

„ HOHLWEG “

Maßstab: 1 : 500

Gezeichnet: *[Signature]*

Beurteilt:

Geprüft: *Hewer*

Saint-Louis, DEN 26. 7. 1971

(SCHAAR)  
KREISBAUDIREKTOR